

Wirtschaftliche Unabhängigkeit durch eine staatlich anerkannte bürgerschaftliche Parallelwährung

MMag. Manfred Gotthalseder



Die Rolle des Geldes zur Entwicklung des Wohlstandes

Wohlstand entsteht einerseits durch wirtschaftliche Produktivität, andererseits durch gerechte Verteilung. Nahezu jede wirtschaftliche Tätigkeit nützt der Gemeinschaft. Der Bäcker bäckt das Brot nicht für sich, sondern für alle. Aber aus seiner Sicht bäckt er es für Geld und wird aufhören es zu backen, wenn er kein Geld mehr dafür bekommt. Dieser persönliche Blickwinkel ist der Grund, warum jede jede Wirtschaft einer arbeitsteiligen Gesellschaft zusammenbricht, wenn das Transaktionsmittel „Geld“ nicht ausreichend fließt.

Dürren müssen nicht zu Armut führen, wenn die Wirtschaftsleistung, wie in Australien, ausreicht, um technische Lösungen zu finden, welche weiterhin Landwirtschaft ermöglichen. Kriege sind auch nicht die Ursache von Armut, sondern meist deren Konsequenz.

Geldpolitik ist allerdings sehr oft die Ursache von Armut. Denn Geldpolitik ist Verteilungspolitik. Deshalb muss zur Armutsbekämpfung hier angesetzt werden.

Armut ist die Kehrseite des Reichtums

Nach der zwingenden Logik der volkswirtschaftlichen Saldenmechanik ist die Summe der Schulden immer gleich der Summe der Geldvermögen¹, oder anders ausgedrückt: allen Forderungen stehen in gleicher Höhe Verbindlichkeiten gegenüber.

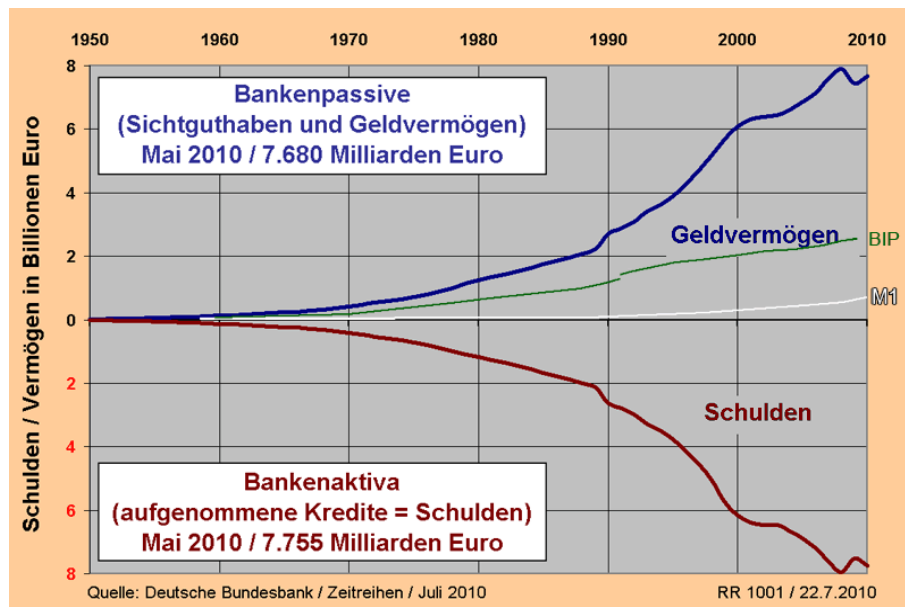
Überhöhte Verschuldung tritt also nur auf, wo ihr überhöhte Geldvermögen gegenüber stehen. Aus der Spiegelbildlichkeit von Schulden und Geldvermögen ergibt sich auch das Sparparadoxon der Geldwirtschaft, welches besagt:

„Die Schuldner können sich in Summe nicht entschulden, wenn die Sparer ihre Geldvermögen in Summe halten und vermehren.“²

1 Wolfgang Stützel (2011) „Volkswirtschaftliche Saldenmechanik“, Nachdruck d. 2. Auflage, Mohr Siebeck, Tübingen

2 Erhard Glötzl, „Die Ohnmacht der Schuldner“ <http://geldmitsystem.org/Texte/Gloetzl.pdf>

Die Symmetrie von Schulden und Geldvermögen lässt eine Entschuldung bei gleichzeitig aufrecht bleibenden Geldvermögen nicht zu!



1970 überstieg die Geldvermögen das BIP etwa um das 1,5-fache, heute um das 3-fache.
Aus: <http://www.geldsyndrom.de/GeldvermoegenSchuldenStatistik.htm>, BIP eingefügt aus: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt>,
Die Geldmenge M1 wurde ebenso skaliert eingefügt aus: http://www.kiwifo.de/html/staatseinnahmen_und_geldmenge.htm

Es ist also nicht zufällig, sondern notwendigerweise so, dass der Armut dieser Welt überhöhter Reichtum gegenüber steht. Der Reichtum der einen verursacht die Armut der anderen, denn überhöhter Reichtum bedeutet überhöhte Forderungen. Deshalb wirkt es auf lange Sicht kontraproduktiv, wenn die Weltbank Entwicklungsländern mit immer neuen Krediten zur Seite steht, denn Kredite sind letztlich Forderungen. Ein Land kann Armut nur durch eine Geldpolitik bekämpfen, die seinen eigenen Interessen dient, und nicht den Interessen anderer. Das bedeutet: Staaten brauchen ein Mindestmaß an monetärer Unabhängigkeit um Armut zu bekämpfen.

Das Beispiel Griechenland / Deutschland

Diese beiden Länder und die laufende Diskussion bieten ein praktisches Lehrbeispiel für das eben Dargestellte. Wenn Deutschland auf Dauer Exportweltmeister bleibt, so ruiniert es die Wirtschaft in genau jenen Ländern, denen gegenüber es Außenhandelsüberschüsse hat. Wenn Deutschland nicht bald lernt, mit seinen Überschüssen einkaufen zu gehen, so wird es in diesen Ländern bald nichts mehr zu kaufen geben. Wie oben ausgeführt, muss der Gläubiger (Deutschland) sein Geld ausgeben, damit der Schuldner (Griechenland) sich entschulden kann. Schon heute stellt sich die Frage, was Deutschland in Griechenland kaufen könnte, um das Außenhandelsungleichgewicht wieder abzubauen. Es ist klar, dass Deutschland letztlich für sein Geld nichts mehr bekommen wird, wenn es die Wirtschaft der Schuldenstaaten ruiniert hat. Es hat Waren geliefert und Außenhandelsüberschüsse erhalten, die letztlich wertlos werden. Auch in einer Geschenkökonomie hat der einstige Schenker nur eine Chance auf Ausgleich, wenn er Gegengeschenke annimmt. Ein (Außen-) Handelsgleichgewicht ist nur bei Gegenseitigkeit möglich.

China hat gegenüber der USA ebenso hohe Außenhandelsüberschüsse, aber anders als Griechenland verarmt die USA dabei nicht. Der Grund liegt einfach darin, dass der Dollar als Leitwährung anerkannt ist und die USA selbst beliebige Dollarbeträge drucken kann (und das auch tut) und somit immer zahlungsfähig bleibt. Griechenland hingegen darf keine Euro-Banknoten drucken.

Damit kommen wir zu einer der Kernursachen der Armut, die immer in einer Abhängigkeit in Fragen der Geldpolitik liegt. Wie könnten abhängige Staaten, wie Griechenland, eine Geldpolitik betreiben, sodass Transaktionsmittel für die Waren des alltäglichen Gebrauchs im Wirtschaftskreislauf verbleiben?

Ein Gedankenexperiment

Um zu verstehen, welche Geldpolitik Armut verhindert, müssen wir zwei Funktionen des Geldes unterscheiden: Die Wertaufbewahrungsfunktion und die Transaktionsfunktion

Für den alltäglichen Warenverkehr brauchen wir nur die Transaktionsfunktion. Deshalb lohnt sich folgendes Gedankenexperiment: Was wäre, wenn es verboten wäre, zu sparen? Dann hätte bspw. Deutschland keine Überschüsse anhäufen können. Es wäre zu Gegengeschäften verpflichtet gewesen. So wäre die Wirtschaft der anderen Länder (bspw. der südeuropäischen) mitgewachsen.

Von der Wertaufbewahrungsfunktion heutiger Währungen profitieren die Vermögenden durch Kapitalerträge und durch die Absicherung, die ihnen ihre Vermögen bringen. Da das Sparen seinen Ursprung im menschlichen Bedürfnis nach Sicherheit (wirtschaftlicher Absicherung) hat, wäre ein Sparverbot natürlich absurd. Demgegenüber wäre eine Parallelwährung, die sich nicht als Wertaufbewahrungsmittel eignet, im Sinne der Armen. Sie muss nach Regeln funktionieren, die sie für den Geldanlagemarkt unattraktiv werden lässt. Damit ist garantiert, dass sie als Transaktionsmittel in der Realwirtschaft verbleibt.

Ein reales Experiment

Eine solche Währung hat es bereits gegeben. Die Arbeitswertscheine, welche in Wörgl der Zwischenkriegszeit herausgegeben wurden, eigneten sich nicht zur Wertaufbewahrung. Ernst Dorfner (der Begründer eines ähnlichen Modells, „[Taxos](#)“ genannt) weist darauf hin, dass deren großer Erfolg auch noch auf einer weiteren Tatsache beruhte, die sie gegenüber fast allen heutigen Parallelwährungen auszeichnete: Man konnte mit den Wörgler Arbeitswertscheinen auch Steuern bezahlen. Dies ist ein wesentlicher Unterschied, denn die größte Parallelwährung Deutschlands, der [Chiemgauer](#), hat nach zehnjährigen Anstrengungen der Initiatoren heute 3000 Mitglieder. Die Arbeitswertscheine aus Wörgl hatten am ersten Tag schon so viele Mitglieder, weil sie jeder brauchen konnte, da sie Steuertilgungsmittel waren. Zu einer Währung wird ein Gutschein also praktisch erst dann, wenn damit Steuern bezahlt werden können. Auch beim Schweizer „[WIR](#)“, der größten europäischen Parallelwährung sind nur unter 1% der Bürger dabei. Das heißt man kann nicht überall damit einkaufen gehen, wie mit den Arbeitswertscheinen in Wörgl. Wenn wir funktionstüchtige Parallelwährungen wollen, so sollte der Staat sie auch als

Steuertilgungsmittel akzeptieren und nicht nur ignorieren³.

Ein experimentell bestätigtes Modell gegen Armut

Damit wird das sogenannte „Wunder von Wörgl“ zu einem weitläufig anwendbaren Modell gegen Armut. Es wurde damals nicht nur umgesetzt und somit experimentell bestätigt, sondern ist durch das Unterguggenberger-Institut heute wissenschaftlich aufgearbeitet und kann somit jederzeit anderswo verwirklicht werden.

Eine Gruppe von 50 Geldsystemkritikern auf www.geldmitsystem.eu kam allerdings nach kritischer Auseinandersetzung mit der Thematik zu dem Schluss, dass eine landesweite Umsetzung einer solchen Parallelwährung die Gefahr der Selbstbereicherung des Staatsapparates in sich trüge. Wäre der Bürgermeister Unterguggenberger in Wörgl seinerzeit dazu übergegangen statt öffentlicher Bauvorhaben den Bau einer Privatvilla mit dem selbst geschöpften Geld zu finanzieren, so wäre der Wohlstandsgewinn in der Gemeinde sehr ungerecht verteilt worden. Diesem Kritikpunkt folgend entstand in Abwandlung des Wörgler Geldexperimentes das Konzept einer bürgergeschöpften Parallelwährung.

Die bürgergeschöpfte Parallelwährung

Schon heute hat die Zentralbank nahezu keinen Einfluss auf die Menge an Giralgeld. Da 95% des Transaktionsvolumens durch Überweisungen vorgenommen werden, liegt der Begrenzung der Geldmenge ein anderer Mechanismus zugrunde: Die Geldvermögen bestehen aus der Summe an vergebenen Krediten. In einer Währung, die keine Wertaufbewahrungsfunktion hat, ist die Menge der zur Verfügung stehenden Transaktionsmittel genau die Geldmenge. Damit wäre die Geldmenge begrenzt durch die Menge an Kreditnehmern guter Bonität. Auch für die heutige Währung ist dies die zutreffendste Beschreibung der Geldmengenbegrenzung, wenn wir vom Überhandnehmen der Bankeigengeschäfte absehen. Hätten die Banken kein Problem, gute Kreditnehmer zu finden, würde die Giralgeldmenge immer noch weiter zunehmen.

Die Kreditwürdigkeit eines Kreditnehmers bestimmt sich in einer zukünftigen reinen Transaktionswährung nicht aus seinen Pfandgütern. Eine Wertaufbewahrungswährung (wie derzeit der Euro) ist durch reale Werte, also Pfandgüter zu decken, eine Transaktionswährung hingegen durch laufende (bzw. zu erwartende) Einkünfte. Das bedeutet, aus den Einkommen von Unternehmen oder Personen, welche dem Finanzamt mit der Steuererklärung vorgelegt werden, können passende Überziehungsrahmen für die Transaktionswährung bestimmt werden. Dabei gilt: Überziehungsrahmen ist Einkommen mal Umlaufgeschwindigkeit. Da die Umlaufgeschwindigkeit anfangs nicht bekannt ist, wird man den Überziehungsrahmen als Teil des Jahreseinkommens ansetzen.

Aus diesen Überlegungen geht die Rolle des Staates bei der Schaffung der Parallelwährung hervor. Der Staat muss die Parallelwährung als Steuertilgungsmittel akzeptieren und das Finanzamt muss die Überziehungsrahmen für alle nach transparenten und fairen Regeln

³ Bernard Lietaer (2009) „Der Staat sollte WIR-Geld bei den Steuern akzeptieren“

<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Der-Staat-sollte-WIRGeld-bei-den-Steuern-akzeptieren/story/28197393>

festlegen. Wer Steuern unterschlägt, erhält damit auch keinen adequaten Überziehungsrahmen für sein Unternehmen.

Um die Parallelwährung davor zu bewahren, als Wertaufbewahrungsmittel missbraucht zu werden, sind Sparvermögen mit einer Gebühr zu belegen. Auch die Wörgler Arbeitswertscheine waren mit einer solchen Umlaufgebühr belegt.

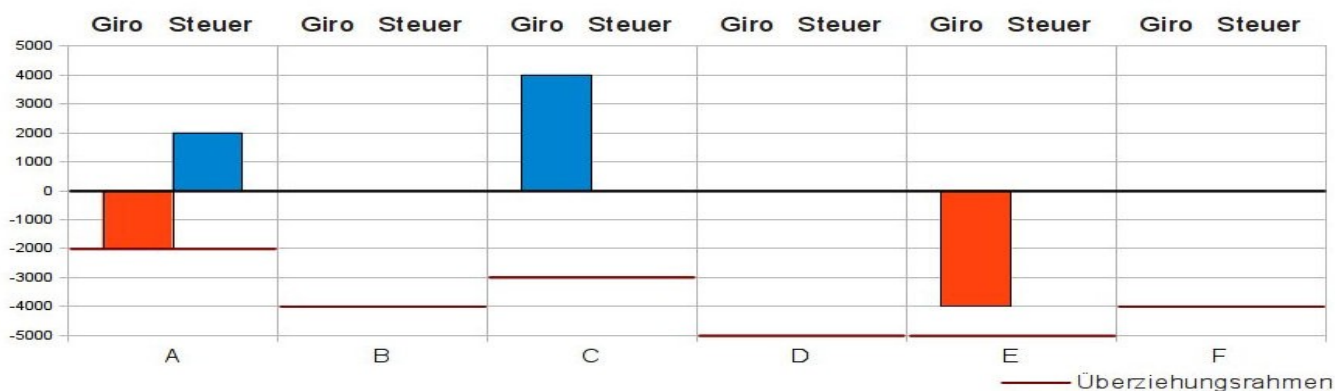
Sowohl die Umlaufgebühr, wie auch die Geldschöpfung sind in einer digitalen Währung einfach zu realisieren. Digital kann täglich der notwendige Promillebruchteil an Gebühr eingehoben werden, der für die Geldverwaltung und zur Sicherung der Ansprüche von Gläubigern notwendig ist. Die Marktgesetze einer reinen Transaktionswährung verbieten es, von Kreditnehmern einen Zins zu verlangen, denn durch einen solchen wären die Wirtschaftsteilnehmer nicht bereit, die Währung anzunehmen. Schließlich wird Geld in dieser Währung nur geschöpft, wenn ein Wirtschaftsteilnehmer sein Konto überzieht. Dieser Vorgang soll nun genauer erläutert werden:

FUNKTIONSWEISE EINER DIGITALEN WÄHRUNG

Das digitale Konto jedes Inhabers steht anfangs auf Null.

Neben dem Girokonto besitzt jeder auch ein Steuerkonto.

Aus den Umsätzen des Kontoinhabers bestimmt sich sein Überziehungsrahmen.



Beispiele:

Person B, D und F haben ein Konto, nützen es aber noch nicht.

Person A nützt den vollen Überziehungsrahmen zur Steuertilgung.

Person E hat bei Person C für eine Leistung bezahlt.

Eine bürgergeschöpfte digitale Parallelwährung besteht aus einer zentralen Abrechnungsdatenbank, auf die alle Wirtschaftsteilnehmer mittels Bankomatkarte oder Handyüberweisung Zugriff haben. Die notwendige Software ist frei verfügbar: <http://www.cyclos.org>

Anfangs stehen die Konten aller Teilnehmer auf null, wie in der obigen Grafik bei Teilnehmer B, D und F. Sie haben nur einen Überziehungsrahmen erhalten (rote Linie), der sich aus den Steuererklärungen ergibt, die in der Hauptwährung berechnet werden.

Nützt ein Wirtschaftsteilnehmer nun seinen Überziehungsrahmen um ein Geschäft zu tätigen, so entstehen bei ihm Schulden und beim Empfänger Guthaben (siehe E und C). Der Empfänger kann aber auch der Staat sein, bei dem heute schon jeder sein eigenes Steuerkonto hat (siehe

Person A).

Die Symmetrie zwischen Geldvermögen und Schulden entsteht in einer reinen Transaktionswährung immer automatisch. Sie bedarf nur einer zentralen Datenbank.

Weder Banken noch der Staat haben realwirtschaftliche Einkünfte. Sie haben damit auch keinen Überziehungsrahmen in einer Transaktionswährung. Damit ist es nicht möglich, dass in dieser Währung jemals Banken oder Staaten von Bürgern gerettet werden müssen.

Die bürgergeschöpfte Parallelwährung hat damit einerseits die positiven Aspekte der Arbeitswertscheine von Wörgl beibehalten. So wie bei den Arbeitswertscheinen sorgt eine Gebühr auf die Währung dafür, dass es eine reine Transaktionswährung bleibt und so wie in Wörgl erhält die Währung durch die Möglichkeit damit Steuern zu zahlen, eine universelle Nützlichkeit für alle Marktteilnehmer. Andererseits ist durch die bürgerzentrierte Geldschöpfung, anders als in Wörgl, ein Missbrauch durch den staatlichen Verwaltungsapparat ausgeschlossen.

Der Staat und die Realwirtschaft erhalten ihre Unabhängigkeit zurück

Um die Idee von bürgergeschöpften Parallelwährungen zu verbreiten, leisten wir mit banken-in-die-schranken.org Aufklärungsarbeit. Der Realwirtschaft muss klar werden, dass diese Währung breiten Bevölkerungsschichten wieder Kaufkraft verleiht. In Griechenland wurden im Verlauf der Krise Sozialleistungen und Pensionen drastisch reduziert. Die Ausbezahlung von Sozialleistungen und Pensionen in einer Parallelwährung hätte einen Zusammenbruch der Realwirtschaft verhindert. Die Menschen hätten ihre Kaufkraft behalten und die Unternehmen hätten die Einnahmen aus der Parallelwährung über Steuern an den Staat abgeführt. Diese Einnahmen hätte der Staat wiederum für soziale Zwecke und zur Unterstützung der inländischen Wirtschaft verwenden können, da im Außenhandel die Parallelwährung kaum akzeptiert worden wäre. Dadurch wäre die Situation gegenüber der heutigen spürbar entschärft worden, denn heute fehlen den Bürgern die Kaufkraft, der Realwirtschaft die Umsätze und dem Staat die Steuereinnahmen.

Die Realwirtschaft muss erkennen, dass sie mit dem Staat kooperieren muss, um nicht von ihrem eigentlichen Gegenspieler, dem Finanzsektor, ausgebeutet zu werden. Das Resultat eines solchen Bündnisses kann die beschriebene bürgergeschöpfte Parallelwährung sein, die als reine Transaktionswährung nur für die Realwirtschaft, nicht aber für die Finanzwirtschaft von Nutzen ist. Bis die Realwirtschaft den Staat als ihren logischen Bündnispartner erkennt, bedarf es noch einiger Aufklärungsarbeit.